

Nach der Wahl ohne Qual?

- Rahmenbedingungen für Investitionen im Mittelstand-

Köln, den 24. November 2017

Die Diskussionsveranstaltung „Nach der Wahl ohne Qual – Rahmenbedingungen für Investitionen im Mittelstand –“ am 22. November 2017 war ein großer Erfolg! Auf Einladung von ANDERSEN TAX & LEGAL und LIVINGSTONE PARTNERS diskutierten über 70 Gäste aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft mit den Panel-Teilnehmern über die finanz- und wirtschaftspolitischen Grundlagen und Perspektiven für Investitionsentscheidungen mittelständischer Unternehmer nach der Bundestagswahl.

Auf dem Panel saßen *Norbert F. Tofall*, Senior Research Analyst des Flossbach von Storch Research Institute, *Jochen Hense*, Geschäftsführer von Livingstone Partners, *Sandra Behn*, Partnerin bei Andersen Tax & Legal sowie *Oliver Kehrl*, geschäftsführender Gesellschafter der AIDA Textilvertriebs GmbH und Mitglied des Landtages NRW. Durch den Abend moderierte *Dr. Hermann Knott*, Partner bei Andersen Tax & Legal.

Im Einführungsvortrag verschaffte *Oliver Kehrl* einen Überblick zunächst über die aktuelle politische Lage in Deutschland und so dann insbesondere über die wirtschaftspolitischen Vorhaben der neuen Landesregierung in NRW und deren Umsetzungsstand. Besonders relevant für Unternehmer ist, dass *Oliver Kehrl* für das Frühjahr 2018 die Verabschiedung eines zentralen Gesetzspaketes ankündigte, das die Wirtschaft von regulatorischen Fesseln befreien würde. Es soll auch eine Reform der Landesbauordnung verabschiedet werden.

Norbert Tofall befasste sich in seinem Diskussionsbeitrag mit den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Investitionen von Unternehmern. Die Finanzkrise sei noch nicht vorüber. Die Fragilität des Finanzsystems sei vielmehr gestiegen. Die Niedrigzinspolitik und die unkonventionellen Maßnahmen der Zentralbanken führten letztlich zur Kapitalaufzehrung. Geringeres Produktivitätswachstum und damit nur geringe Möglichkeiten zur Reallohnsteigerung seien die Folge. Es sei zu einer Vermögenspreis-inflation (Immobilien, Aktien, Unternehmensbewertungen etc.) gekommen. Durch die Niedrigzinspolitik würden unrentable Unternehmen am Leben erhalten, was zur Zombifizierung von Banken und Unternehmen führe.



Jochen Hense zeichnete aus Unternehmersicht ein positives Bild und sah die Niedrigzinsphase als Chance für Investitionen. Die Wirtschaft floriere, im Herbst 2017 seien die Auftragseingänge und Umsätze nochmals gestiegen. Die Unternehmen hätten aus der Finanzkrise im Jahr 2009 gelernt und ihre Eigenkapitalbasis gestärkt. Ausrüstungsinvestitionen würden verstärkt aus Eigenkapital gespeist. Bei fremdfinanzierten Unternehmenskäufen sei die Finanzierungsneigung der Banken weiterhin konservativ (mehr als das 3,5 – 4,5-fache des EBITDA werde nicht finanziert). Dies korrespondiere mit weiterhin moderaten Kaufpreisen bei Unternehmenskäufen. Insbesondere seit dem Jahr 2016 würden inländische Ausrüstungsinvestitionen stark anziehen (plus 4 % im ersten Halbjahr 2017 im Vergleich zum Vorhalbjahr). Nach seiner Beobachtung betraf dies zunächst Ersatz- (Abbau des Investitionsstaus der Vorjahre), zunehmend aber auch Erweiterungsinvestitionen. Die Zinshöhe sei weniger ausschlaggebend als vielmehr die konkreten Marktaussichten. Vermehrt seien auch technologieinduzierte Investitionen (Industrie 4.0) zu beobachten. Zur Verbesserung des Investitionsklimas forderte *Jochen Hense* von einer neuen Bundesregierung einen Bürokratieabbau, Verbesserungen im Steuerrecht und in der Infrastruktur sowie eine Behebung des Fachkräftemangels. Allerdings liege die Zahl der Unternehmensgründungen konstant bei 160.000 im Jahr, womit das Niveau vor Ausbruch der Finanzkrise deutlich unterschritten bleibe. Hier bedürfe es verstärkt innovativer Ansätze, die Anreize für Unternehmer schaffen. Insbesondere wissensintensive Unternehmen würden am ehesten einen Beitrag zur Innovationskraft leisten und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohlstand.

Sandra Behn merkte an, dass die Steuerpolitik im Bundestagswahlkampf nur eine Nebenrolle eingenommen habe. Insbesondere auch in den Sondierungsgesprächen sei nicht zu erkennen gewesen, dass die Wirtschaft in Deutschland zeitnah mit einer Unternehmenssteuerreform rechnen könne. Eine solche sei aber dringend notwendig, um die Bereitschaft für Investitionen im Mittelstand zu bessern. Lediglich zur Grunderwerbsteuer habe es Diskussionen gegeben. Diese müsse vereinheitlicht werden. Die unterschiedliche Steuerhöhe in den verschiedenen Regionen des Landes sei ein Unsicherheitsfaktor.

Insgesamt konnten den Teilnehmern die Parameter aufgezeigt werden, die aktuell für unternehmerische Investitionsentscheidungen maßgebend sind. Aber auch die Perspektiven für die Zukunft kamen nicht zu kurz. Anschließend konnten die vielen Anregungen bei Imbiss und Getränken vertieft werden.